



CDU OBERURSEL



Koalitionsvereinbarung der CDU-, SPD- und OBG Freie Wähler-Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Oberursel

Präambel

Für die drei Fraktionen von CDU, SPD und OBG Freie Wähler ist es für die Zukunft Oberursels wichtig, zügig zu klaren Mehrheitsverhältnissen im Stadtparlament zu kommen. Dies ist notwendig geworden, da Oberursel seit November 2023 nicht mehr über eine handlungsfähige politische Mehrheit verfügt.

Ziel ist es, zeitnah zu den in Diskussion befindlichen Großprojekten, wie zum Beispiel Rathausareal, Gefahrenabwehrzentrum und die Planungen Nassauer Straße – Bahnhof, Entscheidungen zu treffen und in die Umsetzung zu gehen.

Die angespannte Haushaltslage lässt insgesamt wenig Spielraum. Durch Kontinuität und gezielte Investitionen in Zukunftsthemen wird mit begrenzten Mitteln möglichst viel für die Stadt Oberursel erreicht. Die Stabilität der sozialen Infrastruktur muss dabei gewahrt bleiben und steht im Fokus. Weitere Steuererhöhungen sind unbedingt zu vermeiden. Oberursel benötigt in herausfordernden Zeiten eine klare politische Orientierung.

Sofern keine maßgeblich veränderten Erkenntnisse vorliegen, sind sich die Partner einig, dass bereits von einer anderen Mehrheit getroffene Beschlüsse nicht neu beschieden werden.

Ökologische und klimarelevante Themen sollen weiterhin unser Handeln prägen.

Wir berücksichtigen bei unserem Handeln den demographischen und gesellschaftlichen Wandel.

Die Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung soll priorisiert fortgeführt werden.

1. Oberursel – Finanzen

Ein ausgeglichener Haushalt ist auf mittelfristige Sicht das zentrale Thema und Herausforderung. Die Ausgestaltung der Pflichtaufgaben sowie die freiwilligen Leistungen werden bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2025 überprüft. Zur Verbesserung der Finanzsituation ist es Ziel, ertragsstarke Unternehmen in unserer Stadt anzusiedeln.

2. Oberursel – Klima und Ökologie

Das Klimaanpassungskonzept bestimmt unser Handeln und die prioritären Maßnahmen werden fokussiert angegangen. Der im Hinblick auf Klimaanpassungsmaßnahmen begonnene

Dialog zwischen Bürgern, Unternehmen, Politik und Verwaltung wird fortgesetzt. Nur durch eine dauerhafte Verankerung der Thematik in den Verwaltungsabläufen und in der Bürgerschaft kann eine erfolgreiche Maßnahmenumsetzung in den kommenden Jahren zur Erreichung dieser Klimaziele gewährleistet werden.

Zum Thema Hochwasserschutz werden die Steuerung von Oberflächenwasser, auch im Wald, und die Planung von Retentionsflächen priorisiert.

Wir wollen, dass die Stadt Oberursel einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leistet. Um die Förderung von erneuerbaren Energien in Oberursel konkret voranzutreiben, streben wir folgendes an:

- Jedes städtische Neubauvorhaben wird durch die Stadtwerke Oberursel oder eine der in Oberursel tätigen Bürgerenergiegenossenschaften hinsichtlich lohnendem Flächenpotenzial für Photovoltaik geprüft.
- Die Bürgerenergiegenossenschaften werden in Absprache mit den Stadtwerken frühestmöglich eingebunden.
- Wir streben an, Nah- und Fernwärmelösungen bei Flächenentwicklungen auf wirtschaftliche Umsetzbarkeit hin zu untersuchen.
- Für die positive Auswirkung auf das Stadtklima werden mehr Bäume im Stadtgebiet gepflanzt bzw. klimaresiliente Bäume nachgepflanzt.

3. Oberursel – Kinderbetreuung

Nach den Sommerferien 2025 sollen einkommensabhängige Gebühren eingeführt werden. Zum Inflations- und Kostenausgleich werden die Kinderbetreuungsgebühren im Sinne des Haushaltsvorschlages des Magistrats bereits zum kommenden Betreuungsjahr in 2024 auf prozentualer Basis angepasst.

In Zukunft sollen die Kostenanpassungen jährlich in die Gebühren einfließen. Die Elternbeiträge müssen zukünftig 1/3 der Gesamtkosten abdecken.

Einsparungen, Effizienzsteigerung und Kostenminimierung sollen jetzt zielgerichtet angegangen werden. Beispielsweise werden auch Optimierungen bei Little Bird im Sinne der Eltern für die Platzvergabe angestrebt. Weitere Handlungsfelder sind die Schaffung eines zentralen Einkaufs sowie die Prüfung der Verträge freier Träger.

Die Kita Neumühle halten alle drei Fraktionen für notwendig. Insbesondere ein Konzept als Lehrkindergarten in Verbindung mit der neu errichteten Kettler-la-Roche-Schule soll in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Umgestaltung der Kinderbetreuungsstätte Kreuzkirche wird angestrebt, um den Weiterbetrieb zu garantieren.

4. Oberursel – Jugend

Jugend braucht Plätze. Weitere Treffpunkte für Jugendliche sollen entwickelt werden. Das Projekt „Oberursel unter der Lupe“ wird fortgeführt.

5. Oberursel – Senioren

Die Ansiedlung einer Tagespflege in externer Trägerschaft wird unterstützt und soll ermöglicht werden.

Das Konzept für den Umbau des Seniorenzentrums Altes Hospital soll vor dem Hintergrund möglicher Fördergelder und externer Partner überarbeitet werden. Standort und Nutzung werden überprüft.

6. Oberursel – Kultur und Sport

Kultur braucht Raum. Die Stadthalle bleibt als gute Stube der Vereine in der Funktion und am heutigen Standort erhalten. Ein Konzept der Stadthalle für Mehrerträge soll erarbeitet werden. Dieses darf jedoch nicht zu Lasten der Oberurseler Vereine gehen.

Vor dem Hintergrund der Haushaltsgenehmigung benötigt der KSfO im Hinblick auf die Vereine Planungssicherheit für das Folgejahr und damit den Erhalt des Zuschusses, so dass Änderungen erst für das übernächste Jahr greifen können. Es besteht Einvernehmen, dass bei Überprüfung Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre hergestellt werden soll.

Die traditionellen Großveranstaltungen wie Taunus Karnevalszug, Brunnenfest, Weinfest, Weihnachtsmarkt und Kerben sollen weiterhin durchgeführt werden. Bei den Kerben in den Stadtteilen erkennen wir die Bedeutung für das kulturelle Leben vor Ort an.

Die Koalitionspartner würdigen und wertschätzen die ehrenamtliche Tätigkeit bei der Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen.

Der Sportstättenentwicklungsplan wird weiter in die Zukunft geführt. Dabei stehen als nächste Projekte die Sportflächen der Eintracht Oberursel, der Hauptplatz des FC 04 sowie Planungen für die Sportanlagen in Weißkirchen an. Dringlich ist eine Fläche für die Turngemeinde von 1861 (TSGO) für eine Sporthalle zu finden.

In den Stadtteilen und Quartieren wird geprüft, inwiefern Soccer- und Basketballplätze entwickelt werden können. Dazu wird auch die Möglichkeit nach Fördermitteln untersucht. Der Jugendrat soll in die Standortfindung eingebunden werden.

7. Oberursel – Sicherheit und Ordnung

Wir beabsichtigen eine Stärkung der Stadtpolizei. Hierzu prüfen wir eine zusätzliche Stelle für den Haushalt 2025.

Die Koalition steht zum Bau des Gefahrenabwehr Zentrums an der Lahnstraße, unter der Einhaltung der bereits beschlossenen Kostenobergrenze.

8. Oberursel – Bürgerbeteiligung und Digitalisierung

Es sollen Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erstellt werden, um Ziele festzulegen und Prozesse von Beteiligungsformaten zu strukturieren. Auf einer Dialog-Plattform der Stadt Oberursel werden die Angebote für Bürgerinnen und Bürger gebündelt. Dies dient einem vereinfachten Zugang, Teilhabe und Kosteneinsparung durch Effizienz.

Die IT-Sicherheit der Stadt Oberursel wird nach dem Stand der Technik weiter ausgebaut und die IT-Infrastruktur aktualisiert, um Bürgerinnen und Bürgern mehr Dienstleistungen digital anzubieten. Dazu werden weitere Maßnahmen aus dem Online-Zugangsgesetz umgesetzt.

9. Oberursel – Stadtentwicklung

Der Stadtentwicklungsplan soll vorangetrieben und spätestens bis Ende 2025 verabschiedet werden.

Im Stadtentwicklungsplan haben die Entwicklung bestehender und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete hohe Priorität.

Vorrang haben die Belegung ausstehender Gewerbeflächen (wie z.B. An den Drei Hasen, Weißkirchen/Steinbach) sowie die Prüfung von Gewerbeflächen auf beiden Seiten der Frankfurter Landstraße.

Falls ein neues Umspannwerk errichtet wird, sollen vor allem im Bereich Rechenzentren Entwicklungen angestrebt werden, z.B. am Rande der Oberurseler Gemarkung zu Frankfurt. Das Innenstadtkonzept wird weiterentwickelt. Ein Gewerbebestandortkonzept (Clusterbildung für die leeren Flächen) soll erarbeitet werden.

Die Umgestaltung der öffentlichen Plätze in Oberursel soll im Sinne von „Zukunft Innenstadt“ weitergeführt werden.

Bei Bebauungsplänen für neue Baugebiete soll die Neuversiegelung von Flächen geringgehalten und ökologische Aspekte angemessen berücksichtigt werden. Ein genereller Ausschluss von Ein-, Zweifamilien- und Reihenhäusern ist nicht vorgesehen.

Rathaus / Rathausareal:

Da die „Rathausfrage“ sowohl Auswirkungen auf das unmittelbare Umfeld (Rathausareal) als auch die Innenstadt bzw. Gesamtstadt nimmt, müssen Rathaus und das umliegende Areal gemeinsam betrachtet werden. Das ist Basis für die Entscheidungsfindung, die noch in diesem Jahr getroffen werden soll.

Um sich die Möglichkeit einer Städtebauförderung offen zu halten, wird geprüft, ob das Rathaus bis dahin erhalten werden kann. Die Prüfung und Umsetzung muss auch auf Grund der aktuellen Arbeitssituation der Mitarbeitenden zeitnah erfolgen. Die technische Prüfung umfasst notwendige Sanierungen, um den laufenden Betrieb möglichst bis zu einem Zeitraum von 10 Jahren aufrecht zu erhalten. Hierzu gehören: Fenster (1. Priorität), Brandschutz, Energie und Elektrik. Auch soll geprüft werden, ob eine Stock-für-Stock Sanierung möglich ist.

Ziel: Wenn es auf der Grundlage des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts eine Möglichkeit auf Förderung gibt, soll der Rathausneubau mit weiteren öffentlichen Nutzungen (beispielsweise Bücherei, VHS, Archiv, etc.) angegangen werden.

Die Bewertung des Rathaus-Projekts erfolgt mit einem gewichteten Bewertungssystem. Dabei werden die wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit (z.B. Erreichbarkeit) über die gesamte Lebensdauer hoch gewertet.

Die Flächen sollen wenn möglich im Eigentum der Stadt gehalten werden. Der Rathausplatz soll als Belebungspunkt der Innenstadt für Geschäfte und insbesondere für Veranstaltungen erhalten bleiben. Eine Wohnbebauung würde der Nutzung des Platzes für Veranstaltungen entgegenstehen. Bleibt das Rathaus an gleicher Stelle, sollen weitere öffentliche Einrichtungen gewonnen werden, sich dort zu integrieren, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Eine Rathausanmietung wird nicht priorisiert. Die Bedarfe der Arbeitsbereiche in Bezug auf Raumorganisation sollen überprüft werden, um belegte Fläche zu reduzieren.

Bezahlbarer Wohnraum:

An dem Beschluss 30% bezahlbarer Wohnraum wird festgehalten, sofern keine anderen öffentlichen Interessen vorliegen.

Ausgleichsflächen:

Eine Ausgleichsfläche soll vorzugsweise in der eigenen Gemarkung gefunden werden. Sollte das nicht möglich sein, ist ein Ausgleich auch in der Region akzeptabel.

10. Oberursel – Verkehr

Wir werden das verkehrliche Leitbild der Stadt Oberursel „Mobilität für alle Verkehrsteilnehmende“ weiterverfolgen.

Wir begrüßen grundsätzlich das Vorhaben für den vorgesehenen Radschnellweg. Hierzu wird das Gespräch mit den Beteiligten gesucht, um eine tragfähige Lösung zu erarbeiten.

Bahnhof bis Nassauer Straße:

Die Planung für den Durchstich wird mit Priorität weitergeführt. Für die Nassauer Straße/Bahnhof bis zu den Drei-Hasen soll die Entwicklung mit dem Förderkonzept “Frankfurter Bogen” geprüft werden.

Verkehr in der Innenstadt

Das Konzept für ein Parkleitsystem wird erstellt und die Schaffung von Parkplätzen für Anwohner und Besucher durch Quartiersgaragen geprüft.

Frankfurter Landstraße

Die Planungen zur Ertüchtigung und Modernisierung des Verkehrsknotenpunktes Frankfurter Landstraße/Zimmersmühlenweg/Bommersheimer Straße sollen unter Berücksichtigung der Interessen der Radfahrenden zeitnah erstellt werden.

Oberursel, 25. April 2024

.....
Martin Bollinger Vorsitzender CDU Oberursel	Sebastian Imhof Vorsitzender SPD Oberursel	Christoph Marniok Vorsitzender OBG – Freie Wähler
.....
Jürgen Aumüller Fraktionsvorsitzender CDU Oberursel	Elenor Pospiech Fraktionsvorsitzende SPD Oberursel	Andreas Bernhardt Fraktionsvorsitzender OBG – Freie Wähler